

Antrag C10: Unterstützung der Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“

Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	C - Soziale Sicherheit

- 1 Der DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg unterstützt die Initiative "Deutsche Wohnen & Co
- 2 enteignen" mit konstruktivem Feedback bei der Überarbeitung der vorgelegten ersten
- 3 Fassung, um den Gesetzentwurf und die Begründung zu finalisieren, und anschließend
- 4 das fertige Gesetz zusammen mit dem AöR-Gesetz zur Abstimmung zu stellen.

Antrag C11: Wohnungspolitik

Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	C - Soziale Sicherheit

- 1 Der DGB Berlin-Brandenburg unterstützt den zweiten Volksentscheid der Initiative
- 2 „Deutsche Wohnen & Co enteignen“.
- 3 Der DGB Berlin-Brandenburg führt im Jahr 2026 mindestens eine Veranstaltung durch, um
- 4 mit der Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ zu ihrem Gesetzentwurf zu
- 5 diskutieren.
- 6 Der DGB Berlin-Brandenburg beteiligt sich aktiv an der Unterschriftensammlung im Jahr
- 7 2026. Das bedeutet im Einzelnen:
- 8 • Unterstützung der Kreisverbände und Personengruppen, die sich an der
- 9 Unterschriftensammlung beteiligen wollen
- 10 • Mobilisierung und Information über die Medien des DGB Berlin-Brandenburg
- 11 (Social-Media, EMailverteiler, Chatgruppen, Presseveröffentlichungen)
- 12 • Prüfung der Bereitstellung von Infrastruktur in der Sammelphase

Antrag C12: Für bezahlbaren Wohnraum: Mieten regulieren, kommunalen Wohnungsbau stärken, Vergesellschaftung ermöglichen

Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	C - Soziale Sicherheit

- 1 Die Versorgung mit Wohnraum gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Wohnungen sind
- 2 weit mehr als nur ein Dach über dem Kopf: Sie sind unser Lebensmittelpunkt, sie
- 3 schaffen soziale Bindungen und bilden die Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe –
- 4 häufig auch die Voraussetzung für einen Arbeitsplatz.
- 5 Zentrale Aufgabe von Wohnungspolitik muss daher sein, menschenwürdigen und
- 6 bezahlbaren Wohnraum für alle zur Verfügung zu stellen. Doch dieses Ziel rückt immer
- 7 weiter in die Ferne: Die Mieten steigen rasant, der Neubau hinkt hinterher, viele
- 8 Menschen leben beengt oder in unzumutbaren Wohnverhältnissen. Neubauprojekte sind
- 9 teuer und häufig nicht bezahlbar – weder für Geringverdienende noch für Familien,
- 10 Rentner*innen oder Auszubildende.
- 11 Bezahlbares Wohnen ist für Beschäftigte, Auszubildende und ihre Familien eine
- 12 zentrale Voraussetzung für soziale Sicherheit. Längere Arbeitswege, hohe Wohnkosten
- 13 und die Verdrängung aus den Kiezen belasten nicht nur die Betroffenen – sie
- 14 verschärfen auch die Fachkräftelücke, insbesondere im sozialen und öffentlichen
- 15 Dienst. Als Gewerkschaften treten wir deshalb auch für eine sozial gerechte
- 16 Wohnungspolitik ein.
- 17 Kommunalen, gemeinwohlorientierten und genossenschaftlichen Wohnungsbau stärken
- 18 Mehr bezahlbarer Wohnraum entsteht nur durch konsequente Förderung
- 19 gemeinwohlorientierten Bauens. Der kommunale Wohnungsbau muss gestärkt werden. Dabei
- 20 ist Nachverdichtung oder die Weiterentwicklung bestehender Gebäude dem Abriss und
- 21 Neubau vorzuziehen – auch im Sinne des Klima- und Ressourcenschutzes.
- 22 Kommunale Vorkaufsrechte sind hierfür ebenso notwendig wie eine konsequente
- 23 Ausrichtung auf Mietwohnungsbau statt Eigentumsförderung. Büro- und
- 24 Gewerbeimmobilien, die leer stehen oder fehlgenutzt werden, sollten – wo möglich –
- 25 dem Wohnungsmarkt zugeführt werden.
- 26 Genossenschaften und gemeinnützige Wohnträger müssen gezielt unterstützt werden, denn
- 27 sie bieten langfristig stabile Mieten und stärken soziale Strukturen in der
- 28 Nachbarschaft. Wo immer neue Wohnungen entstehen, müssen diese auch dem sozialen
- 29 Wohnungsbestand zu Gute kommen. Es ist nötig, feste Quoten an sozialem Wohnraum zu
- 30 fordern.
- 31 Vergesellschaftung jetzt umsetzen
- 32 Die Konzentration von Wohnraum in den Händen großer profitorientierter Konzerne wie
- 33 Vonovia oder Deutsche Wohnen ist eine der Hauptursachen für steigende Mieten und
- 34 fehlende Instandhaltung. Die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ hat mit dem
- 35 Volksentscheid im Jahr 2021 ein klares Signal gesetzt: Über eine Million
- 36 Berliner*innen haben sich für die Vergesellschaftung großer Wohnungsbestände auf

37 Grundlage von Artikel 15 GG ausgesprochen. Wir unterstützen dieses Anliegen
38 ausdrücklich und fordern: Der Volksentscheid muss endlich umgesetzt werden. Dazu
39 braucht es ein rechtssicheres Gesetz zur Vergesellschaftung großer
40 Immobilienkonzerne. Der DGB Berlin-Brandenburg muss sich in allen bezirklichen und
41 landespolitischen Gremien in Berlin dafür einsetzen, dass dieser demokratische Wille
42 respektiert und durchgesetzt wird.

43 Wohnraum gerecht verteilen

44 Neben Neubau und Vergesellschaftung muss auch bestehender Wohnraum besser genutzt
45 werden. Viele Menschen leben in Wohnungen, die nicht (mehr) zu ihrer Lebenssituation
46 passen, etwa ältere Menschen in großen Wohnungen, während Familien mit Kindern keinen
47 Platz finden. Daher fordern wir niedrigschwellige, mietneutrale
48 Wohnungstauschprogramme, die einen freiwilligen Umzug ohne bürokratische Hürden oder
49 Mietsteigerungen ermöglichen.

50 Zweckentfremdung bekämpfen – Leerstand beenden

51 Leerstehende Wohnungen oder zweckentfremdeter Wohnraum (z. B. durch gewerbliche
52 Nutzung oder Kurzzeitvermietungen) verschärfen den Mangel an Wohnraum. Gegen
53 Zweckentfremdungen muss konsequent vorgegangen werden. Leerstehender Wohnraum muss
54 wieder dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen.

55 Mietpreise regulieren

56 Gerade Menschen mit geringem Einkommen, Rentner*innen, Auszubildende, Studierende
57 oder diskriminierte Gruppen erleben auf dem Wohnungsmarkt massive Benachteiligung.
58 Gleichzeitig wird Wohnraum weiter als lukratives Renditeobjekt betrachtet. Der Markt
59 regelt hier nicht, sondern verschärft die soziale Ungleichheit.

60 Gewinne, die mit Mieten erwirtschaftet werden, müssen wiederum in Erhalt und Ausbau
61 von Wohnraum investiert werden, nicht in Renditen. Sie müssen also genutzt werden, um
62 Sanierungen und Modernisierungen durchzuführen. Diese dürfen dabei die Neu- oder
63 Bestandsmieten nicht dermaßen erhöhen, dass sie Mieter*innen finanziell belasten.
64 Außerdem können Gewinne in Neubau investiert werden.

65 Kommunen müssen ihrer Verantwortung nachkommen und rechtssichere und transparente
66 Mietspiegel entwickeln. Diese sind ein zentrales Instrument, um Mieter*innen
67 Sicherheit zu bieten. Zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum, ist die Sozialbindung
68 von Wohneinheiten zu verlängern und das Ende der Preisbindung ebenfalls so zu
69 gestalten, dass Mieter*innen weiterhin in ihren Wohnungen verbleiben können, ohne
70 dass sich finanzielle Belastungen für sie ergeben.

71 Gemeinsam für bezahlbares Wohnen!

72 Der Bezirksvorstand wird aufgefordert, mit relevanten Akteur*innen aus Politik und
73 Wirtschaft Maßnahmen zu erarbeiten, wie Länder und Kommunen die angebrachten
74 Grundsätze bezahlbaren Wohnens umsetzen können. Die Maßnahmen sind durch den DGB
75 Berlin-Brandenburg in der Politik einzubringen und deren Umsetzung einzufordern.